

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Sozialausschusses vom 09.06.2020

Öffentlicher Teil

TOP . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet, dass auch der Beirat für Menschen mit Behinderungen noch nicht getagt habe.

Er wolle die Gelegenheit nutzen, den Ausschuss auf die Personengruppe der Menschen mit Behinderungen hinzuweisen, die im Rahmen der Corona-Berichterstattung in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle spiele.

Man sei mit dem Thema beschäftigt gewesen, lange bevor es coronabedingte Betretungsverbote gegeben habe. Bei der Caritas arbeiteten 630 Menschen mit Behinderungen in Werkstätten. Dazu kämen noch 120 Mitarbeiter.

Die meisten Menschen mit Behinderungen könnten die Schutzmasken nicht in der Form tragen, wie es notwendig sei.

Man habe sich aus diesem Grund sehr früh an das Gesundheitsamt gewandt.

Am 17. März sei am frühen Abend die Information erfolgt, dass ein Betretungsverbot mit sofortiger Gültigkeit erlassen worden sei. Man habe den Menschen am folgenden Morgen mitteilen müssen, dass sie nicht mehr in die Werkstatt kommen dürften.

Viele dieser Menschen konnten das aufgrund ihrer Behinderungen gar nicht nachvollziehen. Für diese Menschen bedeute ihre Arbeit ihren ganzen Lebensinhalt.

Die Werkstatt sei ihr Lebensmittelpunkt. Bis heute warteten einige dieser Menschen am Fenster darauf, vom Fahrdienst abgeholt zu werden. Man habe die Eltern ansprechen müssen, sich um ihre erwachsenen behinderten Kinder zu kümmern.

Das habe viele vor große Probleme gestellt. In der Öffentlichkeit sei vom Personal dieser Werkstätten und deren Schwierigkeiten nie die Rede gewesen. Auch bei den Mitarbeitern hätten es Ängste gegeben. Das Busunternehmen, das den Fahrdienst leiste, hätte von heute auf morgen massive Einkommensverluste gehabt.

Die Produktion in den Werkstätten hätte trotz der bestehenden Einschränkungen weiterlaufen müssen. Dafür hätten Hilfskräfte akquiriert werden müssen.

Konzepte seien angefragt worden. Er wolle ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Zusammenarbeit mit den örtlichen Stellen wie dem Gesundheitsamt oder der Agentur für Arbeit ganz hervorragend gewesen sei.

Im Grunde sei verlangt worden, die Menschen auch ohne deren Anwesenheit in der Werkstatt weiterhin zu fördern. Es sei dabei vorausgesetzt worden, dass all diesen Menschen zu Hause einen PC zur Verfügung stehe. Digitales Lernen sei mit dieser Personengruppe natürlich gar nicht möglich. Man habe die Unterlagen vervielfältigt, damit alle ihre Lernpakete bekommen hätten. Die Leute seien täglich angerufen worden, ob sie ihre Unterlagen erhalten hätten. Der Kontakt zu den Eltern habe gehalten werden müssen. Am 11. Mai habe man den Betrieb in der Werkstatt wieder teilweise starten dürfe, was zu neuen Problemen geführt habe. Viele dieser Menschen mit psychischen Erkrankungen hätten Panik davor, wieder in die Werkstatt zu kommen. Auch die Eltern fürchteten sich teilweise davor, dass das Virus mit nach Hause eingeschleppt würde. Auch in den Wohneinrichtungen habe man diese Befürchtung gehabt und die Men-

schen nicht in die Werkstatt geschickt. Aktuell habe man aus eigener Einschätzung heraus drei Verdachtsfälle. Es sei sehr schwierig, in der Werkstatt Abstandsregeln einzuhalten. In Bezug auf den Fahrdienst wisse man bis heute nicht verbindlich, wie viele Leute in einem Bus mitfahren dürften. Man habe bis heute keine konkrete Vorstellung davon, in welcher Form die Werkstatt gefüllt werden könne. Man gehe absehbar davon aus, dass man 50 Prozent erreichen könne.

In Bezug auf den Umgang mit Menschen mit Behinderungen sei es seines Erachtens keine Sternstunde der Inklusion gewesen. Er habe die Würdigung dessen in der Öffentlichkeit vermisst, was die Pandemie für Menschen mit Behinderungen bedeute.

Er bitte abschließend den Sozialausschuss, die Leistungen im Behindertenbereich zu würdigen.

Es solle zu einer realistischen Einschätzung der Verantwortlichen kommen, wie man diesen Bereich zukünftig gestalten könne.

Frau Timm-Bergs dankt Herrn Wirth für den wichtigen Beitrag.

Herr Quadt weist darauf hin, dass es für gehörlose und schwerhörige Menschen schwer sei, mit Maske zu kommunizieren. Er appelliere an alle, die die Möglichkeit hätten, Masken zu tragen, die eine durchsichtige Folie hätten.

Das erleichtere die Kommunikation erheblich.

Frau Dr. Scholten berichtet, dass sich diese Frage in ihrem Amt auch für einige Schulen ergeben habe. Es sei um hörbehinderte Schüler gegangen. Sie habe vorgeschlagen, diese Schüler von der Mundschutzpflicht auszunehmen. Diese sollten dann alternativ Visire tragen.